

Antrag

der Fraktion DIE LINKE

Auf Durchführung einer **Aktuellen Stunde** nach § 60 Absatz 2 der Geschäftsordnung des Landtages in der 21. Landtagssitzung zum Thema:

Soziale Sicherheit für alle

Begründung:

Die rot-rote Landesregierung hat sich mit ihrem Koalitionsvertrag das Ziel gesetzt, Brandenburg zum Land der sozialen Gerechtigkeit, der ökonomischen Vernunft und des Zusammenhalts weiterzuentwickeln. Unser Ziel ist eine Gesellschaft, die stark ist, gerade weil es in ihr gerecht zugeht. Vorsorgende Sozialpolitik ist der Weg, mit dem die Koalition dieses Ziel verfolgt. Angesichts der in den letzten Wochen deutlich gestiegenen Zahl der geflüchteten Menschen, denen wir in Brandenburg Schutz geben, sie willkommen heißen und integrieren wollen, stehen Politik und Gesellschaft vor großen Herausforderungen. Während die Bundesregierung vor allem über höhere Hürden sowie Sanktionen nachdenkt und einen Kriegseinsatz in Syrien beschließt, hat sich in unserem Land auf Initiative des Ministerpräsidenten das „Bündnis für Brandenburg“ für die Integration von Flüchtlingen gegründet.

Unser Ziel ist es, dass weder Arbeitslose, Hartz-IV-Empfänger, Obdachlose, Familien in Armut noch Migranten und Geflüchtete oder andere Teile der Gesellschaft gegeneinander ausgespielt werden. Die Brandenburgische Landesregierung schließt soziale Kürzungen auf Landesebene als Folge der Unterbringung und Integration von Flüchtlingen aus. Wir werden die Reformvorhaben unseres Koalitionsvertrages umsetzen.

Um vorhandenen Benachteiligungssorgen und Überforderungsängsten in verschiedensten Teilen der Gesellschaft zu begegnen, fordern wir selbiges von der Bundesregierung. Wir erachten eine bundespolitische Sozialgarantie für alle Bürgerinnen und Bürger als notwendig und geboten. Ähnlich wie in der Finanzkrise 2008 sollte die Bundesregierung garantieren, dass Sozialleistungen nicht vor dem Hintergrund von Anforderungen der Migrations- und Integrationspolitik gefährdet sind. Sie sollte garantieren, dass es keine Kürzungen in diesen Bereichen geben wird.

Die Aktuelle Stunde soll an bestehende Fragen und Sorgen von Bürgerinnen und Bürgern anknüpfen und landespolitisches Handeln erläutern.

Ralf Christoffers
für die Fraktion DIE LINKE

Datum des Eingangs: 08.12.2015 / Ausgegeben: 08.12.2015